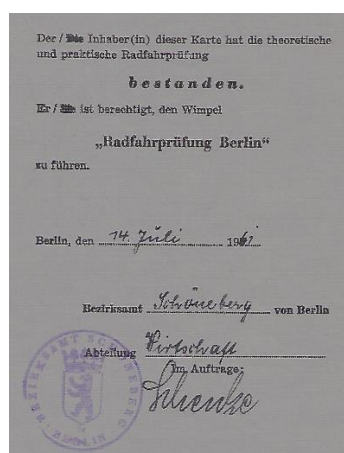


Der zügellose Hass gegenüber Autofahrern

Es ist doch völlig unstrittig, dass in einer wachsenden Stadt über Konzepte nachgedacht werden muss, wie alle Menschen am besten von A nach B kommen können. In der Grünen Verkehrspolitik sind die Autofahrer Hassobjekte und die Fahrradfahrer eine schützenswerte Spezies, die ohne Befähigung und Anerkennung von Regeln kreuz und quer über die Straßen düsen darf und selbst dort nicht den Radweg benutzen muss, wo er vorhanden ist. Lieber fährt man auf der Straße und behindert den Fahrzeugverkehr.



Der Autor dieses Beitrages hat während seiner Schulzeit den Fahrradfahrschein gemacht, Radfahrkarte heißt das Dokument. Abgenommen wurde die Prüfung durch die Polizei. Auf der Rückseite der Karte stehen die mahnenden Worte: „Vor-sicht ist keine Feigheit. Leichtsin-n ist kein Mut.“ Es fehlt der Hinweis „Leichtsin-

n kann tödlich enden“. So einen Fahrradfahrschein erwarte ich von allen, die heute mit ihrem Drahtesel unterwegs sein wollen. Und nicht nur das: Helm-pflicht und ein Nummernschild am Rad, damit man herausfinden kann, welcher Helldriver einen auf dem Fußgängerweg fast über den Haufen gefahren hätte.

Die Berliner Morgenpost hat in dieser Woche ein Leserforum veranstaltet, das der Kolumnist des Blattes, **Hajo Schumacher**, in seiner unnachahmlichen Art moderierte. Gleich zu Beginn brachte er den von den Grünen geschürten Konflikt äußerst provokant auf den Punkt: „**Ich habe den Eindruck, dass sich Palästiner und Israelis mittlerweile besser verstehen als Radfahrer und Autofahrer in Berlin.**“

Höhepunkt der Veranstaltung war wieder einmal eine innovative Idee von Verkehrssenatorin **Regine Günther**, die zwar nicht Mitglied der Grünen ist, aber für die Grünen Enteignungsanträge unterschreibt. Morgenpost Chefredakteurin **Christine Richter** schreibt zum neuen Gedankenblitz von Günther: „**Das kannte ich noch nicht: Verkehrssenatorin Regine Günther möchte, dass Autofahrer nur noch dann in die Berliner Innenstadt fahren dürfen, wenn sie ein BVG-Ticket besitzen. Über einen solchen Plan denke sie**

nach. Autofahrer sollen also nicht einfach zahlen wie etwa bei einer City Maut, sondern einen BVG-Fahrschein erwerben, damit ihnen das Umsteigen auf den Öffentlichen Personennahverkehr leichter fällt. Ich glaube, wenn der Senat so weitermacht - siehe auch die Anhebung der Parkgebühren in der Innenstadt -, dann können sich nur noch Wohlhabende das Autofahren in Berlin leisten. Keine gute Idee.“ Für die Grünen schon. Es ist die übliche Klientelpolitik der Grünen. Ihre Wählerschaft befindet sich nämlich hauptsächlich im Innenstadtbereich. Und für Anwohner wird es immer Sonderregelungen geben. Wer von außerhalb in die Innenstadt möchte und aus welchem Grunde auch immer lieber mit dem Auto als dem ÖPNV dorthin gelangen will, muss tief in die Tasche greifen, während die reichen Grünen mit ihren dicken Elektroautos die Parkplätze im Innenstadtbereich belegen.

Zu den Gedankenspielen der Verkehrssenatorin sagt **Henner Schmidt**, der infrastrukturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: „**Die Idee von Verkehrssenatorin Günther zeigt die völlige Konzeptlosigkeit des Senats in der Verkehrspolitik. Während die einen im Koalitionsvertrag von einem kostenlosen ÖPNV träumen, will Frau Günther eine Citymaut in Form von BVG-Tickets erheben. Die Citymaut belastet Pendler und Bewohner der Außenbezirke, die oft gar keine Möglichkeit haben, auf ihr Auto zu verzichten. Statt einer unüberlegten Citymaut brauchen wir ein besseres Verkehrsangebot außerhalb der Innenstadt durch einen Ausbau des Schienenverkehrs und eine bessere Anbindung der Fläche in Brandenburg an den ÖPNV, z.B. durch Park & Ride und Rufbusse.**“

Darüber, dass die Zeiten einer autogerechten Stadt seien vorbei seien, waren sich alle Diskussionsteilnehmer, darunter auch Vertreter der IHK, einig. „**Wir brauchen eine neue urbane Mobilität. Im Zentrum steht für uns die Stärkung des Nahverkehrs**“, versicherte Günther. Vor allem die Verbindungen von den außerhalb des S-Bahn-Rings liegenden Regionen in die Innenstadt müssen durch kürzere Takte verbessert werden, sagt nicht Günther, sagt der Verfasser dieses Artikels. CDU-Chef **Kai Wegner** warb für einen fairen Verkehrsmix. Die Politik dürfe den Menschen nicht vorschreiben, wie sie Mobilität zu nutzen haben. Wegner forderte einen fairen Verkehrsmix, in dem das Auto nicht ausgegrenzt wird, sondern Teil einer Verkehrspolitik ist. Und es müsse ein ÖPNV-Angebot geben, das Menschen dazu bringt, freiwillig umzusteigen. Das Problem bleibt, weil die Grünen mit Freiwilligkeit nichts anfangen können. Ihre Ideologie heißt, den Menschen vorzuschreiben, was für sie gut zu sein hat. Grün ist schon längst nicht mehr die Farbe der Hoffnung auf bessere Zeiten. **Ed Koch**